

Antworten Oliver Stegert

1. Wie schätzt Ihre Partei die Situation ein und wie sichern Sie, dass die Projekte der SSA und die Netzwerkstellen für den Schulerfolg langfristig gesichert werden können?
2. Welchen Willen haben Sie persönlich, sich für eine notwendige Anzahl an Stellen für SSA einzusetzen und wie werden Sie dieses Problem angehen? Welche Position nimmt Ihre Partei ein, wie ist diese fachlich fundiert und brauchen Sie Unterstützung dafür?

Fragen werden zusammen beantwortet.

Die SPD-Landtagsfraktion hat sich in der zu Ende gehenden Wahlperiode für eine Verstetigung und Stärkung der Schulsozialarbeit eingesetzt. Für uns hieß das vor allem eine verlässliche Finanzierung und Sicherung aller derzeit vorhandenen Stellen (380) für Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter und der Erhalt der wichtigen Netzwerkstellen.

Mit der Novellierung des Schulgesetzes konnte Schulsozialarbeit gesetzlich verankert werden. Es heißt in § 1 (4b): „Schulsozialarbeit ergänzt den schulischen Alltag. Sie öffnet Kindern, Jugendlichen und ihren Eltern neue Zugänge zu Unterstützungsangeboten und erweitert ihre präventiven, integrativen und kurativen Handlungsmöglichkeiten. Die Schulen arbeiten im Rahmen der Schulsozialarbeit mit anerkannten Einrichtungen der öffentlichen und freien Kinder- und Jugendhilfe zum Schutz des Kindeswohls zusammen.“ Das war ein wichtiges Signal, dass Schulsozialarbeit nicht mehr in Frage gestellt wird.

Die Finanzierung der Schulsozialarbeit ist dank weiterer ESF-Mittel für die nächsten Jahre bis 2027 gesichert, allerdings mit einer anteiligen kommunalen Finanzierung von 20%. Trotz des gestiegenen kommunalen Anteils wird die Weiterfinanzierung von uns befürwortet. Wenn die ESF-Förderung nicht mehr fortgesetzt werden kann, sind dafür Landesmittel einzusetzen. Das schafft Sicherheit und Perspektive bei den Beschäftigten. Langfristig setzen wir uns für eine Verstetigung und Ausweitung der Schulsozialarbeit auf alle Schulformen und Kindergärten, die zur Unterstützung des Bildungswegs von benachteiligten Kindern und Jugendlichen unverzichtbar geworden ist, ein. Wir priorisieren dabei vor allem Schulen in benachteiligten sozialen Lagen.

Wir, als SPD-Fraktion, haben uns am sogenannten „Schulfrieden“ nicht beteiligt.

Aus unserer PM: „Ein ‚Schulfrieden‘ hätte fünf Jahre in der Hand des Bildungsministers gelegen“

Für die SPD-Landtagsfraktion bieten die heute von Ministerpräsident Haseloff und Bildungsminister Tullner (beide CDU) vorgelegten Thesen zu einem „Schulfrieden“ keinerlei Ansatzpunkte zur Bewältigung der Probleme an den Schulen Sachsen-Anhalts. „Dass es um einen ‚Schulfrieden‘ im landläufigen Sinne nicht ging, war schon zu Beginn des Prozesses klar, weil gar nicht versucht werden sollte, parteiübergreifend bildungspolitische Kompromisse zu finden“, erklärte die Fraktionsvorsitzende Katja Pähle. „Der Begriff wurde als Nebelkerze verwendet, denn alle Angriffe auf das bestehende Schulsystem sind in dieser Wahlperiode vom Bildungsministerium ausgegangen. Und sie dauern bis heute an, wie man an dem Entwurf für eine neue Versetzungsverordnung erkennen kann, der Tausende Kinder auf einen Hauptschulabschluss anstelle eines Realschulabschlusses festlegen und damit ihre Berufs- und Lebenschancen drastisch beeinträchtigen würde. Ein ‚Schulfrieden‘ hätte fünf Jahre lang in der Hand des Bildungsministers gelegen.“

An den vorgelegten Thesen übt die SPD-Fraktion in entscheidenden Punkten Kritik:

Der wichtigste Satz fehlt im Papier: „In Sachsen-Anhalt fehlen Lehrkräfte in Größenordnungen.“ Dementsprechend gibt es dort auch keine Ansätze, wie das Problem angegangen werden soll. Auch zur Rücknahme der Kürzungen von Stundenzuweisungen: Fehlanzeige.

Die Aussage „In der Schulstruktur soll langfristige strukturelle Stabilität in Sachsen-Anhalt gewährleistet werden“ ist wertlos, weil die CDU in ihrem Wahlprogramm klarmacht, dass sie Sekundar- und Gemeinschaftsschulen als ein und dieselbe Schulform versteht. Das ist die ideologische Untersetzung für die Praxis des Bildungsministeriums, die die Bildung gymnasialer Oberstufen an Gemeinschaftsschulen aktiv hintertreibt. Die SPD steht dagegen für ein flächendeckendes Angebot an Gemeinschaftsschulen, gerade damit auch in ländlichen Regionen alle Schulabschlüsse bis hin zum Abitur erreicht werden können.

Auch der Satz „Der Elternwille soll über die Anwahl einer Schulform entscheiden“ steht im Widerspruch zum CDU-Wahlprogramm, das sich auf die Wiedereinführung der verbindlichen Schullaufbahnpflicht festgelegt hat.

Zu aktuellen Problemen wie dem Konflikt um die Versetzungsverordnung (s. o.) und der Behebung von Lernrückständen durch die Corona-Pandemie gibt es in dem Papier keine Aussagen.

Angela Kolb-Janssen, die bildungspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, erklärt dazu: „Viele andere Vorschläge, die in den Thesen enthalten sind, sind Selbstverständlichkeiten, die von uns teilweise seit Jahren angemahnt werden. Für die große Aufgabe, Sachsen-Anhalts Schulen moderner und leistungsfähiger zu machen und allen Kindern einen guten Schulabschluss zu ermöglichen, bietet das Papier keine Anknüpfungspunkte.“

3. Wie stehen Sie und Ihre Partei zum Subsidiaritätsprinzip und wie setzen Sie sich für die Einhaltung dieses wichtigen Prinzips ein?

Das Subsidiaritätsprinzip besagt, dass höhere staatliche Institutionen nur dann eingreifen sollen, wenn die Möglichkeiten des Einzelnen, einer kleineren Gruppe oder niedrigeren Hierarchie-Ebene allein nicht ausreichen, um eine bestimmte Aufgabe zu übernehmen. Die kommunale Selbstverwaltung ist ein wertvolles Gut und fest in unserer Landesverfassung (Art. 87 Verf LSA) verankert. Es gibt keinerlei Bestrebungen dies zu ändern. Kinderbetreuung ist eine kommunale Aufgabe bei deren Erfüllung sich die Kommunen Dritter (zum Beispiel freier Träger) bedienen können. Ob und wenn ja in welchem Umfang, sie davon Gebrauch macht, entscheidet die Kommune in eigener Verantwortung. Durch die Gesetzgebung des Landtages wurden beispielsweise Qualitätsstandards und tarifliche Bezahlung in der Kinderbetreuung (Kifög) festgeschrieben, die das Land auch finanziert. Daher kann man auch davon sprechen, dass das Subsidiaritätsprinzip zu einem Qualitätswettbewerb führt.

[Wahlen 2021 \(paritaet-lsa.de\)](http://paritaet-lsa.de)